

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: 16 bis 30. September 12 000 000 M. Einzelne Nummern 1 000 000 M.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 - Schriftleitung Nr. 14574
Postkontokonto Dresden Nr. 2486. Stadtkontokonto Dresden Nr. 140

Ankündigungspreise - Grundpreis mal Schlüsselzahl der deutschen Zeitungen.
(Grundpreise: die 32 mm breite Grundseite oder deren Raum 135 M., die 46 mm breite Grundseite oder deren Raum im amtlichen Teile 270 M., unter Eingelassen 400 M.
Schlüsselzahl: 30 000). Ermäßigung auf Familien- und Geschäftsanzeigen. Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Zeitungslisten der Verwaltung der Staatsgüter und der Landesfiskus, Jahresbericht und Rechnungsabschluss der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 226

Dresden, Donnerstag, 27. September

1923

Die Proklamation der Reichsregierung zum Abbruch des passiven Widerstandes.

Der Ausnahmezustand im ganzen Reiche verhängt!

Die vollziehende Gewalt geht auf den Reichswehrminister über.

Berlin, 26. September.

Eine in später Abendstunde veröffentlichte Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48, Absatz 2 der Reichsverfassung bestimmt, zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Reichsgebiet, daß die Artikel 114, 115, 117, 118, 124 und 158 der Reichsverfassung bis auf weiteres außer Kraft gesetzt werden. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes auf freie Meinungsäußerung einschließlich Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungrechtes, Einbruch in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernspreckgeheimnis, Anordnung von Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestehenden gesetzlichen Grenzen zulässig. Die vollziehende Gewalt geht auf den Reichswehrminister über, der sie auf die Militärbehörden übertragen kann.

Im Einklang mit dem Reichsminister des Innern kann der Reichswehrminister zur Mitwirkung bei Ausübung der vollziehenden Gewalt auf dem Gebiete der Zivilverwaltung Regierungskommissare ernennen. Für Zuwiderhandlungen gegen die im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbehörden werden schwere Freiheits- und Geldstrafen angedroht. Wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines Menschen verursacht, wird der Täter mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Die im Strafgesetzbuch mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechen werden mit dem Tode bestraft, wenn sie nach Verkündung der Verordnung begangen sind. Auf Erzeugen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichspräsidenten außerordentliche Befehle zu erteilen. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Sachsen wird selbstverständlich von sich aus alles tun und unterstützen, um die Gefahren einzudämmen, von denen das Reich bedroht ist. Es müssen aber gegen die Form, in der dies durch die Reichsregierung geschehen soll, die stärksten Bedenken geltend gemacht werden.

Aufwiegelung der Reichswehr zur Meuterei.

Berlin, 26. September.

Die deutschvölkische „Deutsche Zeitung“ beschimpft in ihrem gestrigen Leitartikel zunächst die Bevölkerung an Ruhr und Rhein, deren heroische Haltung gegen die Proklamation der Reichsregierung vor aller Welt anerkannt hat.

Dann fährt der Verfasser des Artikels, Herr Max Rauwendrucker, weiter aus:

„Ist die Wehrmacht des Reiches, der einzige Haß und die einzige Wammer, die das Reich überhaupt noch besitzt, wirklich entschlossen, eine verzweifelte Politik der Selbstenttarnung und Verleumdung mit ihren Waffen zu betreiben?“

Au das deutsche Volk!

Am 11. Januar haben französische und belgische Truppen wider Recht und Vertrag das deutsche Ruhrgebiet besetzt. Seit dieser Zeit hatten Ruhrgebiet und Rheinland schwerste Bedrückungen zu erdulden. Über 180 000 deutsche Männer, Frauen, Greise und Kinder sind von Haus und Hof vertrieben worden. Für Millionen Deutsche gibt es den Begriff der persönlichen Freiheit nicht mehr. Gewalttaten ohne Zahl haben den Weg der Okkupation begleitet. Mehr als hundert Volksgenossen haben ihr Leben dahingeben müssen, Hunderte schmachten noch in Gefängnissen.

Gegen die Unrechtmäßigkeit des Einbruchs erhoben sich Rechtsgefühl und vaterländische Gesinnung. Die Bevölkerung weigerte sich, unter fremden Bajonetten zu arbeiten. Für diese, dem Deutschen Reiche in schwerster Zeit bewiesene Treue und Standhaftigkeit dankt das ganze deutsche Volk.

Die Reichsregierung hatte es übernommen, nach ihren Kräften für die leidenden Volksgenossen zu sorgen. In immer steigendem Maße sind die Mittel des Reiches dadurch in Anspruch genommen worden. In der abgelaufenen Woche erreichten die Unterstützungen für Rhein und Ruhr die Summe von 3500 Millionen Mark. In der laufenden Woche ist mindestens die Verdoppelung dieser Summe zu erwarten. Die einjährige Produktion des Rheinlandes und des Ruhrgebietes hat aufgefressen. Das Wirtschaftsleben im besetzten und unbefetzten Deutschland ist zerrüttet. Mit fürchtbarem Ernst droht die Gefahr, daß bei Festhalten an dem bisherigen Verfahren die Schaffung einer geordneten Währung, die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und damit die Sicherung der nassen Existenz für unser Volk unmöglich wird.

Diese Gefahr muß im Interesse der Zukunft Deutschlands ebenso wie im Interesse von Rhein und Ruhr abgewendet werden. Am das Leben von Volk und Staat zu erhalten, stehen wir heute vor der bitteren Notwendigkeit, den Kampf abzubrechen. Wir wissen, daß wir damit von den Bewohnern der besetzten Gebiete noch größere seelische Opfer als bisher verlangen. Heroisch war ihr Kampf, beispiellos ihre Selbstbeherrschung. Wir werden niemals vergessen, was diejenigen erlitten, die im besetzten Gebiete duldeten. Wir werden niemals vergessen, was diejenigen aufgaben, die lieber die Heimat verließen, als dem Vaterlande die Treue zu brechen.

Dafür zu sorgen, daß die Gefangenen freigegeben werden, daß die Verfolgten zurückkehren, bleibt die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung. Vor allen wirtschaftlichen und materiellen Sorgen steht der Kampf für diese elementaren Menschenrechte. Deutschland hat sich bereit erklärt, die schwersten materiellen Opfer für die Freiheit deutscher Volksgenossen und deutscher Erde auf sich zu nehmen. Diese Freiheit ist uns aber kein Objekt für Verhandlungen oder für Tauschgeschäfte.

Reichspräsident und Reichsregierung versichern hierdurch feierlich vor dem deutschen Volke und vor der Welt, daß sie sich zu keiner Abmachung verstehen werden, die auch nur das kleinste Stück deutscher Erde vom Deutschen Reiche loslöst. In der Hand der Einbruchsmächte und ihrer Verbündeten liegt es, ob sie durch Anerkennung dieser Auffassung Deutschlands den Frieden wiedergeben oder mit der Verweigerung dieses Friedens alle die Folgen herbeiführen wollen, die daraus für die Beziehungen der Völker entstehen müssen.

Das deutsche Volk fordern wir auf, in den bevorstehenden Zeiten härtester seelischer Prüfung und materieller Not ihren zusammenzukommen. Nur so werden wir alle Absichten auf Zertrümmerung des Reiches zunichte machen, nur so werden wir der Nation Ehre und Leben erhalten, nur so ihr die Freiheit wiedergewinnen, die unser unveräußerliches Recht ist!

Berlin, 26. September 1923.

Der Reichspräsident:

Ebert.

Die Reichsregierung:

Dr. Stresemann, Schmidt, Dr. Götter, Dr. Brauns, v. Raumer, Dr. Wabrunn, Dejer, Dr. Luther, Söllmann, Dr. Gilsdorf, Gusch, Dr. Hoffe.

Kuß nicht noch in letzter Stunde mit der unwichtigen Kraft eines Sultan, den kein menschliches „Verbot“ am Ausbruch zu verhindern vermag, eine Welle über Deutschland hingehen, in der die bodenständigen Elemente sich finden, und die das Unglück noch in letzter Stunde verhindert? Neben Bayern steht noch heute das alte Preußen, von dem wir oben sprachen.“

So wird öffentlich und dreist die Reichswehr aufgefordert, den Vorstoß zu verweigern.

Erklärungen des Reichsfinanzlers im Anschluß des Reichstags.

Berlin, 26. September.

Der zum Vorigen Ausschuss des Reichstages trat heute zusammen um die Erklärungen des Reichsfinanzlers zur Aufgabe des passiven Widerstandes entgegenzunehmen. Sofort nach Eröffnung der Sitzung ergriß Reichsfinanzler Dr. Stresemann das Wort. Der passive Widerstand habe seinen Höhepunkt überschritten und seine anfängliche moralische Güte allmählich eingebüßt. Nach den Angaben der besetzten Verstecker des besetzten Gebietes hätte er nur noch eine gewisse Zeit aufrecht erhalten werden können, ohne ihn der

Gefahr eines Zusammenbruches in sich selbst auszuweichen. Der Minister legte dann das Material des Verhältnisses der Ruhrausgaben zur Finanzlage des Reiches dar, das bald den schlimmsten finanziellen, in seinen Folgen unvorstellbaren Zusammenbruch zu bringen droht.

Die Überlegung, ob die Fortführung des passiven Widerstandes durch einen teilweisen Abbau der Ruhrkredite möglich gewesen sei, hätte ein negatives Resultat ergeben. Durch eine solche Maßnahme sei weder der Widerstand nachdrücklich aufrecht zu erhalten, noch die Gefahr eines finanziellen Chaos abzuwenden gewesen. Dem drohenden vollkommene Währungsverfall hätte man so nicht entgegenzutreten können. Die Versuch, die Stilllegung des Widerstandes zu verbinden mit französisch-belgischen Maßnahmen zur Währung der Vertriebenen, Befreiung der Gefangenen usw. seien erfolglos geblieben, da Poincaré sich auf den Standpunkt stellte, vor Abbruch des Widerstandes nicht in Verhandlungen einzutreten. So habe man sich dazu entschließen müssen, den Ruhrkampf aus innerdeutschen und außenpolitischen Momenten aufzugeben, weil dessen Fortführung ohne Zweifel zu einem vollkommenen Zusammenbruch im Innern geführt hätte.

Diese Sachlage sei gelöst worden durch die

Entwicklung der Machtverhältnisse,

die härter gewesen seien, als die moralische Gegenwehr, die Deutschland demgegenüber hätte aufbringen können. Der deutschnationale Vorschlag, mit Frankreich zu brechen und die Befreiung der besetzten Gebiete sowie die Instandsetzung des Wirtschaftslebens zunächst der Sorge Frankreichs und Belgiens zu überlassen, habe gerade bei den Vertretern jener Gebiete die schärfste Verurteilung erfahren. Man würde darin im Rheinland ein Aufgeben, ja vielleicht einen Verrat am Vaterlande sehen. Der Ruf der Regierung bringe zum Ausdruck, um was bei den bevorstehenden Verhandlungen zu kämpfen sei. Das seien vor allem die großen Menschheitsfragen, die Befreiung der Gefangenen und Zurückführung der Vertriebenen sowie die großen politischen Fragen über die Zukunft des deutschen Rheins und der deutschen Ruhr. Die Erklärungen des Ministerpräsidenten würden die letzten Grundlinien bilden, nach denen die Reichsregierung handeln werde.

In der nachfolgenden

Aussprache

bedigten die Abg. von Westphalen (Dem.), Westphalen (Soz.), Spahn (S.) und